

Sächsische Volkszeitung

Redaktion täglich neugew. mit Ausgabe der Com. u. Zeitung
Sachsen-Anhalt. Wochentblatt. 1 Mtl. 50 Pf. (ohne Beilage). Bei
überdruckt. Kostenfallen 2. Zeitungsbereit. Einzelnummer 10 Pf.
Wochentblatt. 11-12 Uhr

Unabhängiges Cageblatt f. Wahrheit, Recht u. Freiheit.

Zulassung bis April. Zeitungsbericht über den Raum mit
15 Pf. berechnet, bei Überschreitung beobachteter Nachfrage.
Geschäftsbericht, Reklamation und Werbung
Gleicher Straße 48. — Herausgeber: Dr. 1000.

Das Handelsprovisorium mit den Vereinigten Staaten.

Am letzten Sonnabend fand beim Reichskanzler eine Konferenz der Verteilföhrer statt, welche den Zweck hatte, eine Mehrheit im Reichstage für das Handelsprovisorium mit den Vereinigten Staaten zu schaffen. Fürst Bülow hatte hierbei einen sehr schweren Standpunkt und konnte nur mit Mühe seine Ansicht durchsetzen. Bemerkenswert ist, daß sich nicht in erster Linie die "Agrarier" gegen dieses Abkommen sträubten, sondern die Industriellen unter der Führung des Wormser Lederfabrikanten Frhr. v. Hesel. Da am 1. März 1906 bereits das Provisorium in Kraft tritt, so dürfte es noch in dieser Woche dem Reichstage zugehen und vielleicht manche heftige Debatte hervorrufen.

Man wird auch zugeben müssen, daß ein Grund zur Unzufriedenheit vorhanden ist. Die verbündeten Regierungen haben mit der Unionregierung ein Handelsprovisorium vereinbart, das den Amerikanern den deutschen Vertragstarif einräumt, ohne daß von amerikanischer Seite unserem Handel irgendwelche Gegenleistungen dargeboten werden. Selbst die Zollschäfchen gegen die deutsche Einfuhr in die Vereinigten Staaten sollen nicht aufgehoben, ja nicht einmal gemildert werden! Nichts, rein nichts gewährt uns Amerika für unseren Vertragstarif. Während das übrige Ausland den Vertragstarif von uns durch Zollermäßigungen ersaußen mußte, haben wir ihn der Union, die unseren Export mit Prohibitionszöllen drangsaliert wie kein anderes unserer Nachbarländer, ohne Gegengabe in den Schoß geworfen. Das ist das Ergebnis der langwierigen und umfassenden Verhandlungen zwischen Berlin und Washington, das ist der handelspolitische Erfolg Specks und jener Politik der Wilhelmstraße, die sich von dem Vollblutamerikaner Roosevelt und von dem in seiner Machthebung stark beschränkten Präsidenten der Union goldene Berge für Deutschland versprach. Mit welch gesättelten Hoffnungen zog die deutsche Regierung in diese Verhandlungen und nun das Kästchen auf der ganzen Linie. Es ist nicht ohne Interesse, jetzt an die Erklärung des Grafen Posadowsky vom 15. Januar 1903 im Reichstage zu erinnern: "Den Tretum möchte ich aber jetzt schon berichten, daß etwa die Vereinigten Staaten, wenn wir jetzt mit einer Anzahl Staaten zu neuen Handelsverträgen uns rüsten, ohne weiteres in den Besitz der hierin vereinbarten Konzessionen kämen." Amerika hat gelegt; es hat alles erreicht und nichts gegeben. Unsere Freundschaft mit Roosevelt und der Professorenauftakt, sie kommen uns sehr teuer zu stehen; die Deutschen müssen allein die Rechnung bezahlen und die Amerikaner streichen das Geld ein.

Freilich erhebt die Gerechtigkeit, daß man auch her vorhebt, in welch schwieriger Lage sich die deutsche Regierung befinden hat. Einmal mache man ihr von Washington aus sehr viel Zukunftsmusik und versichere, daß gerade dieses Provisorium geeignet sei, um während der Dauer desselben mit den Vereinigten Staaten zu einem regelrechten Tarifvertrag zu kommen. Eine solche Einrede ließ sich gewiß hören; das Provisorium wird nun ein Jahr dauern und wenn es in dieser Zeit gelingt, im Kongreß zu Washington einen Handelsvertrag durchzusetzen, wäre es eine Toraheit, nicht jetzt sich mit einem kurzfristigen Handelsabkommen abzufinden. Aber hat man denn auch eine Gewißheit oder auch nur bestimmte Garantien, daß dies gelingen wird? Wir können es nicht recht glauben und wir meinen weiter: Im Reichsamt des Innern weiß man sehr genau, daß diesem Provisorium von 1906 noch eine Reihe Provisorien in den nächsten Jahren folgen werden, ohne daß die Zeit und die Stimmung jenseits des großen Teiches für einen ordentlichen Tarifvertrag reif ist. Man wagt diese Überzeugung nur nicht Ausdruck zu geben, denn man fürchtet die Widerwendigkeit des Reichstages, der das einjährige Provisorium zweifellos annehmen wird, der aber ein längeres vielleicht doch ablehnen könnte. Wenn man den Reichsboten einen deutsch-amerikanischen Tarifvertrag in nahe Aussicht stellen kann, werden, so kalkuliert man in der Wilhelmstraße, auch die Industriellen schließlich verständig genug sein, zu dem Provisorium Ja und Amen zu sagen, das diesen Tarifvertrag vorbereiten und ermöglichen soll. Jedenfalls fehlen alle sicheren Grundlagen für eine festen Hoffnung auf Abschluß eines Handelsvertrages.

Der Reichskanzler aber führt noch ein anderes Moment für das Provisorium ins Feld: das politische! Wir sind im Weltkrieg so ziemlich isoliert und können unsere Violine allein spielen. Die Vereinigten Staaten stehen uns wenigstens nicht feindlich gegenüber; aber sie verhalten sich sehr kühl und kalt. Ein Krieg mit ihnen macht sie uns zu Gegnern und unsere Position wird noch schwieriger. Ob wir jetzt eine solche "splendid isolation" wagen können, erscheint uns sehr fraglich. Man kann hier wirklich sagen, daß die politischen Erwägungen höher als die wirtschaftlichen stehen und dieser zweite Grund hat für uns erhöhte Bedeutung in der jetzigen Zeit. Wir binden uns nur auf ein Jahr, bis wohin die "Welt ein anderes Gesicht" haben kann, und dann sind wir frei.

Man darf keineswegs vergessen, daß die Ablehnung des Provisoriums den Krieg mit Amerika zur Folge hätte. Gewiß würde er die Vereinigten Staaten schwer schädigen. Uns aber würde er noch schwerer bilden schaden; darüber darf sich nicht täuschen, wer es mit der Wohlfahrt unseres Volkes ernst meint. Um den Krieg zu ver-

meiden, müssen wir dies Provisorium annehmen. Und wir müssen es verlängern, bis man in den Vereinigten Staaten allgemeiner als bisher inne geworden ist, daß ein auch den deutschen Interessen gerecht werdender Tarifvertrag mehr im Interesse des amerikanischen Volkes liegt als der jetzige Prohibitionismus der Union. So konnte unsere Regierung trotz aller früheren Zusagen nicht anders handeln. Den Amerikanern war es ganz unbegreiflich, daß sie uns noch Zugeständnisse machen sollten; sie sagten: "Wenn ihr uns wirklich euren Vertragstarif gewährt, so müssen wir ja immer noch erheblich mehr an Zolllast tragen, als unter der Aero Caprivi! Wie sollten wir also dazu kommen, euch größere Zugeständnisse zu machen als bisher, wo wir die Vorteile der Capriviischen Vertragspolitik genossen?" Ihr scheucht uns mit eurem neuen Vertragstarif, und wie sollen euch obendrein mehr bewilligen, als wir euch während der Dauer der Capriviischen Handelsverträge gewährt haben?" Das ist der sehr begreifliche Standpunkt der Amerikaner. Wir können ihnen nichts bieten, im Gegenteil, wir muten ihnen eine höhere Zollbelastung zu, als sie bisher getragen haben. Man wird diesen Standpunkt verstehen, wenn man ihn auch gar nicht billigt.

Für die deutsche Landwirtschaft bedeutet das Provisorium keinen Nachteil; die amerikanische Einfuhr zahlt die früheren Zölle auf landwirtschaftliche Artikel. Nur unsere Industrie hat nicht den erhofften Vorteil errungen; sie wollte gesuchte Verhältnisse für ihre Einfuhr in den Vereinigten Staaten und besonders die Chiffren der Zollbehörden los werden. Gewiß, wäre ihr das sehr zu gönnen gewesen, aber andererseits hat dieselbe Industrie auch das große Interesse, daß es nicht zu einem Zollkriege kommt. In manchen Gegenden Deutschlands war die Befürchtung schon eine äußerst lebhafte; z. B. im badischen Schwarzwald bezüglich der Uhrenindustrie, die in den Vereinigten Staaten einen guten Markt hat. Wir zweifeln deshalb nicht, daß schließlich das Provisorium eine Mehrheit im Reichstage finden wird, nicht in Kurrosimilation, aber in der Erfahrung, daß es eben vorerst absolut nicht anders geht und daß der wirtschaftliche Frieden höher steht und der wirtschaftliche Krieg sicher ausbricht, falls das Provisorium nicht zustande kommt.

Deutscher Reichstag.

k. Berlin. 47. Sitzung am 17. Februar 1906.

Der Reichstag hat am Sonnabend ein tüchtig Stück Arbeit geleistet. Die Resolutionen auf eine Verjährung des Weingeschäfts wurde alleamt angenommen. Hat die keramische Industrie des Westerwaldes trat mit aller Entschiedenheit Dr. Dahlem (3t.) ein. Hier werden nämlich vier Krüge in großer Raazgl glasert und nach Amerika verkauft. Jetzt hat man plötzlich entdeckt, daß die Runddedel dieser Krüge giftverdächtig seien. Die Amerikaner nehmen keinen Anstoß an denselben, wohl aber das Reichsgerichtsamt. Ein Antrag forderte die Aufhebung dieser neuen Verordnung. Der neue Präsident des Gesundheitsamtes, Geheimrat Bumm, führte sich gut ein. Er wies insbesondere nach, wie die Wurmkrankheit um 82 Prozent zurückgegangen ist, wie gefährlich es ist, dem Bunde des Abg. Brödlich auf Befreiung des Kapitalwanges nachzugeben. Zum Schluß erfolgte noch ein heftiger Zusammenstoß zwischen Zentrum und Sozialdemokratie. Der Abg. Körster hatte behauptet, daß das Zentrum den Arbeitern die kleinen Unfallrenten nehmen wolle und berief sich hierbei auf die Auflösung des Landtagsabgeordneten Schmidding. Der Zentrumabgeordnete Erbberger legte die illoyale Kampfweise dar, indem er darauf hinwies, daß die Rede des Abg. Trimborn einfach verschwiegen worden sei, daß das Reichstagszentrum nie einen solchen Vorschlag machen werde und nie gemacht habe. Die Befreiung der kleinen Renten habe die Biedereinführung der Haftpflicht im Gefolge und diese sei für die Arbeitgeber noch viel schlimmer. Am Montag hofft man den Urteil des Reichsamts des Innern verabschieden zu können.

Politische Rundschau.

Dresden, den 19. Februar 1906.

Durch kaiserliche Verordnung wird das Schutzegebiet der Marschall-, Brown- und Providence-Inseln mit 1. April 1906 mit dem Inselgebiet der Carolinen, Palau- und Marianen-Inseln vereinigt. Zu demselben Zeitpunkte tritt an Stelle des Obergerichts in Jalluit das Obergericht in Herbertshöhe.

Reichsanwalt Teutlein-Mördes in Leipzig, der früher Staatsanwalt am Oberlandesgericht in München war, tritt als Ministerialrat in den bayerischen Justizdienst zurück und geht als stellvertretender Bundesrat berücksichtigt nach Berlin.

Einen neuen Gesetzentwurf über die Reichserbschaftsteuer hat der Zentrumabgeordnete v. Behnhoff für die Steuerausschüsse ausgearbeitet; hiernach wird der Steuerfuß für Eltern und sonstige Abhängen und für Geschwister von 4 Prozent der Regierungsvorlage auf 5 Prozent und auf 15 Prozent für Vermönde über den höchsten Grad hinaus festgesetzt. Außerdem sieht der Antrag einen höheren Zuschlag zu großen Erbanfällen vor. Kinder sollen auch nach diesem Antrag keine Erbschaftsteuer bezahlen. Sodann will der Antrag als etwas Neues noch eine Steuer vom ganzen Nachlaß einführen, die also, wenn einer stirbt, zunächst von der ganzen Erbmasse abgezogen wird. Dieser neuen Nachlaßsteuer soll jeder Nachlaß, der 10 000

Mark übersteigt, unterliegen. Die Nachlaßsteuer soll betragen bei einem Werte des Nachlasses von mehr als 10 000 Mark bis 20 000 Mark $\frac{1}{10}$ Prozent, dann soll sie für je 10 000 Mark um je $\frac{1}{10}$ Prozent steigen, so daß sie bei 100 000 Mark $\frac{1}{10}$ Prozent beträgt. Weiter soll sie dann betragen von 100 000—125 000 Mark 1 Prozent, 125 000—150 000 Mark $\frac{1}{10}$ Prozent, 150 000—200 000 Mark $\frac{1}{10}$ Prozent, 200 000—250 000 Mark $\frac{1}{10}$ Prozent, 250 000—300 000 Mark $\frac{1}{10}$ Prozent, 300 000—400 000 Mark $\frac{1}{10}$ Prozent, 400 000—500 000 Mark $\frac{1}{10}$ Prozent, 500 000—600 000 Mark $\frac{1}{10}$ Prozent, von mehr als 600 000 bis 750 000 Mark $\frac{1}{10}$ Prozent, von mehr als 750 000—1 000 000 Mark $\frac{1}{10}$ Prozent, von mehr als 1 000 000 Mark 2 Prozent. Das Gesamtergebnis der Steuer wird auf 120 Millionen Mark geschätzt, wovon die Einzelstaaten als Entschädigung für die Erhebung 24 Millionen Mark erhalten sollen. Die Zentrumsfaktion selbst hat zu dem Gesetzentwurf noch keine Stellung genommen. Im allgemeinen dürfte dieser Zustimmung finden; nur die Steuerjäger dürfen noch eine Änderung erfahren und zwar in erster Linie dahin, daß die Steuer nicht schon bei einer Erbschaftsmasse von 10 000 Mark beginnt, sondern erst bei höherem Vermögen. Die Zentrumsfaktion beratet am Mittwoch über die Reichserbschaftsteuer.

Die Ablehnung der Tantiemensteuer in der Steuerkommission hat etwas überrascht, besonders weil auch die Konservativen gegen die Steuer gestimmt haben. Die "Deutsche Tageszeitung" ist hiermit gar nicht zufrieden; sie meint: "Nach einer Außerung des Wortführers der deutsch-konservativen Partei ist das deshalb geschehen, weil man in der Tantiemensteuer eine direkte Reichssteuer sah und der Einführung direkter Reichssteuern grundsätzlich widersetzte zu wollen glaubte. Dagegen die Tantiemensteuer obwalten, geben wir ohne weiteres zu; aber das von den Konservativen betonte formelle Bedenken kann um so weniger ausschlaggebend sein, als die Tantiemensteuer, wenn man sie wirklich rein formell betrachtet, keine Einkommensteuer, sondern eine Stempelsteuer sein soll, wie es die Quittungssteuer war und wie es andere Reichsstempelsteuern sind. Nach unserer Ansicht sind die Gründe, die für eine Tantiemensteuer sprechen, weit erheblicher und durchschlagender als das, was dagegen angeführt werden kann. Wie würden es deshalb lebhaft bedauern, wenn die Konservativen auf ihrem ablehnenden Standpunkt beharren sollten, obwohl wir, wie gesagt, die sachlichen Bedenken recht wohl würdigen." Auch in den Reihen der konservativen Partei selbst hat das Verhalten der Kommissionmitglieder unangenehm berücksichtigt. In der 2. Lesung stützte der Zentrumsdemand Antrag Annahme finden.

Der abgelehnte Antrag des Zentrums über die Tantiemensteuer wird nach der Germania voraussichtlich im Plenum wieder eingebrochen werden. Zur Begründung des Antrages bringt das Blatt eine Statistik, nach welcher einzelne hervorragende Vertreter der Finanzwelt bis zu 35 Mandate als Aufsichtsräte haben.

Befreiung der Immunität. Im Zeugniswangsverfahren wurde nach der Frankfurter Zeitung der sozialdemokratische Reichstags- und Landtagsabgeordnete Hofmann in Saalfeld a. S. zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er sich weigerte, den Gewährsmann einer von ihm im Landtag vorgebrachten, das Hildburghäuser Gymnasium betreffenden Beschwerde zu nennen. Dem Landtag von Sachsen-Weiningen war nämlich einige Tage nach Vorbringung der Beschwerde eine Petition mit singulärer Namensunterschrift zugegangen, die eines für die Lehrer obiger Institution beleidigenden Inhalts hatte und als deren Verfasser den Gewährsmann Hofmanns vermutet wurde, obwohl Hofmann entschieden bestreit, daß sein Gewährsmann mit der Petition in irgend einer Beziehung stehe. Besonders bemerkenswert ist das Urteil deshalb, weil es sich gegen eine Aussage wendet, die ein Abgeordneter in Ausübung seines Mandats im Landtag gemacht hat. Sachlich bedeutet die Verurteilung also einen Eingriff in die Immunität. Ob das auch formal der Fall ist, wird wohl ein höherer Gerichtshof zu prüfen haben. Sollte der Saalfelder Gerichtsbeschluß mit den bestehenden Gesetzen in Einklang stehen, so wird weiter nichts übrig bleiben, als diese zu ändern, da die Immunität der Abgeordneten auch durch den Zeugniswangen nicht beschränkt werden darf.

Das preußische Abgeordnetenhaus hat am Sonnabend mit der Beratung des Justizetats begonnen. Nach kurzen Bemerkungen über das Gesangswesen und die Reform des Armenrechtes beschloß beim Titel Ministergehalt der konservative Abg. Strosser die Annahme der öffentlichen Unstiftlichkeit. Der Zentrumabgeordnete Marx wies in eindringlichen Worten auf die schwere Gefahr der unstilllichen Schriften und Bilder hin und erreichte vom Justizminister Beseiter die Zusage, daß eine neue schwere Anweisung an die Staatsanwaltschaften ergehen werde. Der Fall des antisemitischen Kommerzpredigers in Breslau bildete den Gegenstand eingehender Erörterungen. Am Montag geht die Debatte weiter.

Das Diözesanlehrersteuergesetz ist am 14. d. M. dem preußischen Abgeordnetenhaus beigebracht. Es führt den Titel: Gesetz betr. die Erhebung von Abgaben für kirchliche Bedürfnisse der Diözesen in der katholischen Kirche in Preußen. Über die Zwecke, die das Gesetz verfolgt, läßt die folgende Bemerkung des Finanzministers vom 9. Jan. auf: "Es ließ sich nicht verkennen, daß die Mittel, die die

Bistum für die Erfüllung ihrer großen Aufgaben hatten, in steigendem Maße unzulänglich geworden waren. Um dem abzuhelfen, muß die Möglichkeit erschlossen werden, den Weg der Kirchensteuer zu bereiten, und es wird eine entsprechende Gesetzesvorlage Ihnen zugehen. Aber um die Kirchensteuer nicht zu hoch spannen zu müssen . . . haben wir uns entschlossen, auch hier freiwillig und einmalig seitens des Staates eine wesentliche Beihilfe zu gewähren." Diese Beihilfen sind im Etat bereits enthalten. Ueber die ganze Angelegenheit ist, wie der Minister noch hervorhob, eine vollkommene Verständigung und Vereinbarung mit den Bischöfen erzielt worden.

Bei der Jahreskonferenz der Gesellenpräsidenten der Erzbistüme Köln am 14. d. W. gab Generalpräses Mgr. Schweizer einen kurzen Überblick über den Stand der Gesellenvereine. Die Erzbistüme zählen 75 Gesellenvereine mit 35 eigenen Hänjern und 1270 ständigen Bewohnern. Die Zahl der aktiven Mitglieder (Gesellen) stieg im verflossenen Jahre von 7887 auf 8376, die der außerordentlichen (Ehrenmitglieder) von 11 368 auf 12 120. Es wurden im Laufe des Jahres 10 290 aus der Fremde zurückkehrende Mitglieder mit einem Kostenaufwand von 9720 Mf. beherbergt und befreit. Allgemeiner Unterricht wurde in 51 Vereinen eröffnet, gewerbliche Fachabteilungen bestehen in 28 Vereinen. Sparkassen bestanden in 49 Vereinen; die Jahreseinlage betrug 534 907 Mf., das gesamte Sparbuchhaben 888 167 Mark. Die Meisterprüfung legten 164 Gesellen ab. Gemeindlichebeiträge kamen in 61 Vereinen viermal jährlich statt, in 7 sogar noch öfter. Religionsvorträge hörten die Gesellen in 32 Vereinen alljährlich, in den übrigen monatlich zweimal. 7 Vereine veranstalteten Exerzierungen für ihre Mitglieder. In den geschlossenen Exerzierungen an Tagen beteiligten sich allein in den letzten drei Monaten über 200 Gesellen. 60 Vereine hielten wöchentliche Vereinsversammlungen, die wenigen übrigen durchweg monatlich zweimal. Angeklungen an den Gesellenverein sind 11 Lehrlingsvereine und 4 Meistervereine.

Berechtigte und unberechtigte Arbeitersbewegung. Durch die anerkennenden Worte, die der Staatssekretär des Reichsbaus des Innern, Graf Posadowsky, kürzlich der christlichen Gewerkschaftsbewegung als einer berechtigten im Gegensatz zu der sozialdemokratischen, welche er als eine unberechtigte bezeichnete, gewidmet hat, fühlt sich der "Grundstein" (7) des sozialdemokratischen Maurerverbandes auf den Zeh getreten. Das Blatt schreibt mit fiktivem Wort: "Noch nie hat eine sozialdemokratische Arbeiterorganisation auch nur eine einzige Forderung aufgestellt, die der heilige Staat, die gegenwärtige Gesellschaft, nicht erfüllen könnte. Zu die „Gewerkschaftsfrage“ die auf organische Umgestaltung der kapitalistischen Staats- und Wirtschaftsordnung gerichteten Forderungen und Verabsiedlungen der sozialdemokratischen Partei einzubieben zu dem Zweck, daraus zu folgern, die gewerkschaftliche Bewegung der sozialdemokratischen Arbeiter sei „unberechtigt“, das geht billigerweise nicht an.“ Das Blatt schreibt das Blatt des Verbandes, dessen Vorsitzender das Wort geprägt hat: "Freie Gewerkschaften und Sozialdemokratie sind eins", eins also mit der Partei, die nach ihrem Programm "die Umwandlung des kapitalistischen Privateigentums in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische" verlangt, d. h. die Negation der heutigen staatlichen und wirtschaftlichen Ordnung bedeutet. Nicht die freie Gewerkschaftsbewegung an sich ist unberechtigt, sondern die Vergquidung dieser mit sozialdemokratischen Endzielen. Wenn der Staatssekretär unter diesem Vorbehalt die freie Gewerkschaftsbewegung als unberechtigt bezeichnet, so hat er vollkommen recht, und der "Grundstein" nicht die geringste Veranlassung, den Gesetzten zu spielen.

Eine Kolonialkrise bildet der Afrikaverbandsvorstand General Liebert, der früher selbst Gouverneur in Ostafrika war, aber nichts großartiges leistete, es sei denn die Anlage der berüchtigten Berliner Straße in Kauai oder die famose Einführung der Hüttensteuer, wo die Witwe das doppelte zahlen muß als der städtige Mann. Er forderte für Afrika ein "Regiment der Justiz und des Schredens" und meinte zur Schaffung einer weissen Kolonialarmee in Ostafrika: "Ganz abziehen davon, daß diese Truppe außerordentlich teuer und doch bei Strapazen nicht widerstandsfähig genug wäre, müßte es auf den Eingeborenen von verhängnisvoller Wirkung sein, wenn er den Weißen in Reih und Glied stehen und sich kommandieren lassen sieht. Der Regen muß vor jedem Weißen auf den Knien liegen. Wenn wir nicht auf diesem Grundlage stehen bleiben, können wir nicht unsern Beruf als Herrenrasse erfüllen und nicht mit ein paar tausend Weißen einige Millionen von Schwarzen regieren!" Am Schlüsse folgt die unnötige Bemerkung über die "Kauanierung des Reichstages", der bekanntlich fast alle Kolonialforderungen genehmigte. General Liebert reist in Deutschland herum und fordert überall erhöhte Ausgaben, für Flotte wie für Kolonien. Noch nie aber hat er sich auch nur eine Stunde darüber den Kopf zerbrochen, woher die Gelder für die Durchführung seiner abenteuerlichen Pläne kommen sollen. Es ist sehr leicht, Ausgaben zu fordern und zu genehmigen, wenn man das Geld hierfür hat; aber in der Zeit der großen Finanznot noch für erhöhte Ausgaben einzutreten, kann eben nur jemand, der keine politische Verantwortung trägt und danach sind auch seine Nieder eingeschlagen.

Flucht eines Verbandsklassierers. Große Aufregung verursachte unter den sozialdemokratischen Mitgliedern der im Gewerkschaftshaus in Berlin am Engel-Ufer 15 domizillierenden Berliner Verwaltungsstelle des deutschen Metallarbeiterverbandes die Desfrau und Flucht ihres Kassierers Alfred Klemt, der in der Steinmeier-Straße 97 zu Kielwohl wohnte. Klemt, der von Beruf ursprünglich Rohreleger war, hatte als Bezirkssklassierer die Verbandsbeiträge von den Vertrauensleuten der einzelnen Betriebe seines Bezirkes in Berlin einzukassieren und bis zum 10. jeden Monats an den Oberklassierer Reinhold Behold, Muslaue-Straße 1, abzuliefern. In diesem Monat Februar ist nun Klemt, der seinen Posten etwa zwei Jahre inne hat, mit den eingezogenen Geldern im schwungvollen Betrage von 3000 bis 4000 Mark nicht bei dem Oberklassierer erschienen. Wie festgestellt wurde, hat er sich am 13. d. W. früh mit dem Gelde aus seiner Wohnung in Kielwohl entfernt und ist seitdem verschwunden. Man nimmt an, daß der Desfrau-

ins Ausland geflüchtet ist. Seine aus Frau und fünf Kindern bestehende Familie hat Klemt völlig mittellos in größter Notlage zurückgelassen. Die Höhe des von ihm unterschlagenen Geldes kann genau erst nach einiger Zeit festgestellt werden. Gang zum Verschwinden scheint Klemt auf den Weg des Verbrechens getrieben zu haben. Der "Vorwärts" ist mäuschenstill über diese unangenehme Lache und teilt sie nur recht kleinlaut mit. Wenn aber einmal in den bürgerlichen Parteien derlei Dinge vorkommen, stellt er sich auf den höchsten Richtersthül und breite über alles den Stab. Also auch hier erst vor der eigenen Türe schen!

Oesterreich-Ungarn.

— Eine Los von Rom-heute wird aus Scharten bei Wels (Oberösterreich) gemeldet. Da die protestantischen Kinder, wie überhaupt die protestantische Bevölkerung von Scharten in der Minorität sind, schicken die Protestanten ihre Kinder nicht in die öffentliche Schule, sondern bauen sich eine Privatschule, die sie selbst erhalten müssen. So ging es schon mehr als 100 Jahre in Ruhe dahin; die katholischen Kinder besuchten die öffentliche Schule, und die protestantischen Kinder ihre Privatschule. Da wollte nun der protestantische Pastor eine Subvention vom oberösterreichischen Landtag, dessen Majorität katholisch-konservativ ist; die Subvention wurde nicht gewährt, weil vom Lande prinzipiell weder eine katholische, noch eine protestantische Privatschule unterstützt wird. Um auf die katholischen Abgeordneten einen Druck auszuüben, schickte nun der protestantische Pastor vom 1. Mai 1905 ab vier protestantische Kinder in die öffentliche Volksschule, darunter sein eigenes Töchterlein, welches an der protestantischen Schule vorbeigehen mußte, um in die öffentliche Schule zu gelangen, und dies zu dem Zweck, daß in der öffentlichen Schule die katholischen Schulgebete nicht mehr verrichtet werden dürften. Der protestantische Pastor berief sich auf einen Ertrag von 1. J. österreichischen Unterrichtsministerium, der für den Bezirk Wels herausgegeben wurde und feststellt, daß in Schulen, welche von zwei verschiedenen christlichen Konfessionen besucht sind, das Vaterunser und Ave Maria nicht gebetet werden dürfen. Der Berufung des Pastors wurde Recht gegeben, wogegen sich dann die katholische Bevölkerung energisch gewehrt hat, weil es sich hier nur um einen Alt ausgesuchter Bosheit und Geißelhaftigkeit von Seiten des protestantischen Pastors gegen die Katholiken handelt. Die Schule bezw. diese Klasse besuchten 70 katholische und 4 protestantische Kinder; wegen dieser 4 protestantischen Kinder, die nur zum Trost gereicht wurden, weil ohnehin eine protestantische Privatschule bestand, sollten nun 70 katholische Kinder ihre Gebete nicht mehr verrichten dürfen. Es hat selbst die protestantische Bevölkerung eingesehen, daß dieses Vorgehen ihres protestantischen Pastors ungerecht ist und eine böswillige Hebe gegen die Katholiken bedeutet. Der Ortsrat hat mit der Stimme des protestantischen Bürgermeisters beschlossen, gegen die Abschaffung des katholischen Schulgebetes die Be schwerde zu ergreifen, und der protestantische Pastor wurde von seinen Leuten genötigt, die protestantischen Kinder zurückzuziehen, damit wieder Friede werde, und das tat er auch. Der protestantische Pastor in Scharten ist ja im ganzen Land Oberösterreich als ein äußerst aggressiver Mann bekannt. Vor einigen Jahren ist derselbe mit einem Bierkrug in eine katholische Bittprozession hineingefahren.

Rom.

— Der heilige Vater hat an die Katholiken Frankreichs ein Rundschreiben über das Gesetz der Trennung der Kirche vom Staat erlassen:

Die Enzyklika legt in ihrem Anfang dar, daß das französische Trennungsgebot seit langem gewollt und vorbereitet gewesen sei und zählt kurz die Maßnahmen gegen die Kirche auf, die allmählich den Staat tatsächlich von der Kirche trennen haben. Der heilige Stuhl, so heißt es in der Enzyklika, hat alles, was möglich war, getan, um daß für die Religion wie für die bürgerliche Gesellschaft gleich großer Unglück zu verhüten. Die Enzyklika legt sodann die Grundzüge der Kirche über die Beziehungen zwischen religiöser und weltlicher Gemeinschaft auseinander und verleiht den Grundsatz einer Trennung beider. Sie führt dann fort: Eine solche Scheidung muß besonders in Frankreich verurteilt werden, das in dem Bunde mit der katholischen Kirche Jahrhundertlang Größe und die reinsten Ruhmesstile gefunden hat. Schwerer aber als eine solche Scheidung wiegt die Tatsache, daß man die Beziehungen zwischen der Kirche und dem Staat abgebrochen hat; denn diese wurden geknüpft durch das Konkordat von 1801, welches ein feierlicher und unter gegenseitiger Bindung abgeschlossener Vertrag war. Der Papst bellagt im weiteren die Verlehrung der Vertragsbestimmungen und des internationalen Rechtes, sowie die Kränkung, die dem heiligen Stuhl durch die Unterlassung aller der Formalitäten und Rücksichten widerfahren sei, die gemäß den internationalen Gesetzen unter Vertragskündigungen selbst gegenüber den kleinsten Staaten beobachtet würden und die man besonders dem Papste wegen seiner Würde als Oberhaupt der katholischen Kirche schulde. Der Papst geht sodann auf das französische Trennungsgebot näher ein und hebt hervor, daß dasselbe zahlreiche Peleidigungen und Verlehrungen enthalte. Diese richten sich 1. gegen die göttliche Verfassung der Kirche, denn das Gesetz überträgt unter Mißachtung der von Gott eingesetzten Hierarchie in der Kirche die öffentliche Ausübung des Kultus weltlichen Gesellschaften, welche der ritterlichen Zuständigkeit des Staatsrates unterworfen seien; 2. gegen die Freiheit der Kirche, denn sie zwinge sie, sich den Vorschriften über die erwähnten Vereinigungen zu fügen, verleihe die höchste ritterliche Befugnis der weltlichen Bevölde, treffe zahlreiche Bestimmungen, welche die Ausübung der kirchlichen Gewalt über die Gläubigen, die Wahrnehmung des öffentlichen Kultus und des heiligen Predigtamtes usw. beeinträchtigen und überlasse zudem viel der Willkür der staatlichen Behörden; 3. gegen das Eigentumrecht der Kirche, denn das Gesetz bereube sie eines großen Teiles ihres Vermögens, ihrer Kirchen, ihrer Gebäude, ihrer wohltätigen Stiftungen und schaffe die Gehaltszahlungen ab, welche der Staat den Dienern des Kultus zu leisten schuldig sei, einmal als Pflicht der Gerechtigkeit, denn sie stellen eine gerechte Entschädigung für die während der ersten französischen Revolution vollzogene Aneignung von Kirchengütern durch den Staat dar, dann

aber auch wegen der im Konkordat festgestellten formellen Verpflichtung. Sodann spricht der Papst sein Bedauern aus, daß das Trennungsgebot auch der Eintracht und dem inneren Frieden Frankreichs sehr schaden werde, das namentlich bei den gegenwärtigen Verhältnissen Europas der Einigung aller seiner Söhne bedürfe. Wegen aller dieser Gründe müsse er das Gesetz feierlich mißbilligen und verurteilen. Schließlich richtet die Enzyklika in warmen Worten die Mahnung an den Episcopat, die Geistlichkeit und das Volk Frankreichs, sich in Eintracht und edlem Mut zur Verteidigung der Religion zusammenzuschließen, welche man völlig aus Frankreich vertreiben möchte. Er fordert die Katholiken auf, einig um die Geistlichkeit, die Bischöfe und den Apostolischen Stuhl geschart zu bleiben, ihr öffentliches und privates Verhalten nach den Lehren des Glaubens und der christlichen Moral einzurichten, zu beten und auf Gott zu vertrauen, welcher auf die Fürbitte der unbesiegbaren Jungfrau Frankreich Ruhe und Frieden geben möge.

Frankreich.

— Das diplomatische Korps stellte am 17. d. W. dem Präsidenten Loubet einen Abschiedsbesuch ab. Der italienische Botschafter Graf Tornicelli, Doyen des diplomatischen Korps, hielt an den Präsidenten eine Ansprache, in der er diesen daran erinnerte, daß er den Triumph der Souveränität des Rechtes vorgeahnt habe, das in Zukunft die freundliche Regelung internationaler Diszipliniertheit und die Festigung des Friedens gebieten werde. Die ununterbrochene Bekräzung dieses hochherigen Gedankens sei nicht ein leeres Versprechen, sondern die Handlungen des Präsidenten seien damit übereinstimmend gewesen und hätten so zu einer glücklichen und fruchtbaren Entwicklung der Beziehung eines jeden Landes zu Frankreich geführt. In seiner Erwideration brachte Präsident Loubet dem diplomatischen Korps die lebhafte dankbare Erinnerung zum Ausdruck, die er von ihren gegenseitigen Beziehungen mit sich nehme.

— Der Präsident Galliérares wurde auf der Fahrt vom Luxemburgpalais nach dem Elyseepalast von einer dichtgedrängten Menschenmenge lebhaft und respektvoll begrüßt. Auf dem Boulevard des Invalides aufgestellte Geschütze schossen Salut. Ein Patalion Infanterie erwies dem neuen Präsidenten auf dem Hofe des Elyseepalastes die Ehrenbezeugungen. Beim Verlassen des Wagens wurde Galliérares von einem Offizier des Militäraates des Präsidenten Loubet begrüßt. Präsident Loubet empfing Galliérares auf der obersten Stufe der Freitreppe und führte ihn in den Salón der Botschafter, wo sich der Präsident des Senats, Dubost, der Präsident der Deputiertenkammer, Loumer, die Minister, die Mitglieder der Buräa des beiden Kammern und die Mitglieder des Zivil- und Militäraates befanden. Loubet und Nouvier hielten eine Ansprache an den neuen Präsidenten. Nach der Antwort Galliérares schüttelten sich die beiden Präsidenten wiederholt die Hände. Dann verliehen beide Präsidenten den Elyseepalast. Loubet fuhr in Begleitung des Präsidenten Galliérares und des Ministerpräsidenten Nouvier in seinem neuen Wagen nach seiner neuen Wohnung. In einem anderen Wagen folgten die Offiziere des Zivil- und des Militäraates. Auf dem ganzen Wege brachte die Menge in den Straßen "Hochruhe auf Loubet und Galliérares aus". Ministerpräsident Nouvier überreichte Galliérares das Entlassungsgesetz des Kabinetts. Galliérares ersuchte jedoch die Minister, im Amt zu verbleiben. — Als Loubet und Galliérares vor der neuen Wohnung Loubets eintrafen und den Wagen verließen, erwies die Kürassierekorte die militärischen Ehren. Der Maire des Arrondissements hieß Loubet willkommen. Galliérares blieb eine Viertelstunde bei Loubet und lehrte dann mit Nouvier nach dem Elyseepalast zurück.

— Aus Rom wird berichtet, daß die vom Papst erwählten neuen französischen Bischöfe durch den Kardinalstaatssekretär Merry del Val von dem Beschlusse des Papstes bereits verständigt worden seien. Alle hätten erwidert, daß sie die Wahl annehmen. Die meisten von ihnen haben sich unverzüglich nach Rom begeben.

Spanien.

— Die "Agence Havas" veröffentlicht folgende Depesche aus Algeciras: Folgendes ist mit voller Genauigkeit der Inhalt der deutschen Note und der darauf ergangene spanische Antwort: Die am Dienstag übergebene deutsche Note schlägt zunächst vor, die Polizei in den Händen des Sultans zu belassen, der fremde Offiziere wählt, um sie mit der Organisation des Polizeikorps zu beauftragen. Die Note schlägt dann weiter vor, daß die Organisation der Polizei von dem Sultan überlassen wird, unter der Bedingung, daß die von ihm mit dieser Organisation in den Seestädten Marokkos beauftragten Offiziere Franzosen und Spanier sind. In der Antwort heißt es weiter, Frankreich werde sich nicht weigern, später die Frage der Überwachung zu prüfen, wenn Deutschland sich mit dem Grundsatz einverstanden erklärt, daß die mit der Organisation der Polizei beauftragten Offiziere Franzosen und Spanier sein sollen.

England.

— Das englische Auswärtige Amt hat neuerdings in einer an die türkische Botschaft in London gerichteten Note die Zurückziehung der türkischen Truppen aus dem okkupierten Orte Taaba auf der Halbinsel Sinai verlangt. In der Note wird ausgeführt, daß Ägypten ein von der Türkei abgetrenntes Gebiet bilde und daß der türkische Kommandant von Taaba den englischen Inspektor der Insel, Sirooum, aufgefordert habe, die Insel zu räumen, wahrscheinlich, um sie zu besetzen. England hat deshalb ein Kriegsschiff dorthin gesendet.

Dänemark.

— Am 17. Februar, nachmittags 3½ Uhr, traf der Kreuzer "Brezen" mit dem deutschen Kaiser an Bord in dem Hafen von Kopenhagen ein, begrüßt von dem Salut der Botschaft und dem norwegischen Kreuzers "Nordenstjord". Kurz darauf trafen an Bord ein der König Friedrich von Dänemark, der König von Griechen-

land, der Skandinavische und der König von Schweden und der Präsident der Republik Irland. Die Botschaften grüßten die Könige und den Kaiser und den Präsidenten. Der König von Dänemark und der Präsident der Republik Irland dankten den Botschaften für die Begrüßung und die Freude, die sie über die Ankunft der königlichen Delegationen empfanden. Der König von Dänemark und der Präsident der Republik Irland dankten den Botschaften für die Begrüßung und die Freude, die sie über die Ankunft der königlichen Delegationen empfanden. Der König von Dänemark und der Präsident der Republik Irland dankten den Botschaften für die Begrüßung und die Freude, die sie über die Ankunft der königlichen Delegationen empfanden.

— Aus Teheran wird berichtet, daß der neue Botschafter des Kaiserreichs China, Herr Wang, am 16. d. W. in Teheran eingetroffen ist. Er hat eine Audienz bei dem Kaiser erhalten und ist von dem Kaiser empfangen worden. Der neue Botschafter ist ein sehr angesehener und respektvoller Herr, der sehr geschickt und diplomatisch ist. Er hat eine gute Meinung von dem Kaiser und ist sehr beliebt. Der neue Botschafter ist ein sehr angesehener und respektvoller Herr, der sehr geschickt und diplomatisch ist. Er hat eine gute Meinung von dem Kaiser und ist sehr beliebt.

— Von der Botschaft des Kaiserreichs China in Teheran wird berichtet, daß der neue Botschafter des Kaiserreichs China, Herr Wang, am 16. d. W. in Teheran eingetroffen ist. Er hat eine gute Meinung von dem Kaiser und ist sehr beliebt. Der neue Botschafter ist ein sehr angesehener und respektvoller Herr, der sehr geschickt und diplomatisch ist. Er hat eine gute Meinung von dem Kaiser und ist sehr beliebt.

— Von der Botschaft des Kaiserreichs China in Teheran wird berichtet, daß der neue Botschafter des Kaiserreichs China, Herr Wang, am 16. d. W. in Teheran eingetroffen ist. Er hat eine gute Meinung von dem Kaiser und ist sehr beliebt. Der neue Botschafter ist ein sehr angesehener und respektvoller Herr, der sehr geschickt und diplomatisch ist. Er hat eine gute Meinung von dem Kaiser und ist sehr beliebt.

— Von der Botschaft des Kaiserreichs China in Teheran wird berichtet, daß der neue Botschafter des Kaiserreichs China, Herr Wang, am 16. d. W. in Teheran eingetroffen ist. Er hat eine gute Meinung von dem Kaiser und ist sehr beliebt.

formellen
Bedauern
und dem
namen-
losen
der dieser
und ver-
nen Wör-
ter und das
Worte zur
elche man
erbert die
höhe und
öffentliche
abends und
auf Gott
abseßten
öge.

W. dem
der itali-
sometischen
in der er
souveräne
ie freund-
und die
ununter-
nens sei
ungen des
esen und
twicklung
h geführt.
den diplo-
rung zum
ungen mit

Fahrt vom
einer dicht-
ll begrüßt.
Geschüsse
wies dem
alastes die
n wurde
des Prä-
empfing
und führte
sident des
enfammer,
caus der
d Militär-
eine An-
r Antwort
wiederholt
den Ehre-
präsidenten
er in ge-
In einem
und des
die Menge
lières aus.
s das Ent-
jedoch die
aubet und
trafen und
eskorte die
ments hieß
stunde bei
Eliseepalast

i Papst er-
Kardinal-
des Papstes
widert, doch
n haben sich

Die Depesche
auigkeit der
ergangenen
ene deutsche
Händen des
, um sie mit
ragen. Die
Organisation
in Tange-
neutralen
ion für die
französische
die Organi-
, unter der
ation in den
angosen und
, Frankreich
überwachung
andsatz ein-
on der Poli-
spanier sein

uerdings in
glichten Rote
s dem offizi-
erlangt. In
n der Türkei
he Komman-
der Insel,
namen, wahr-
deßhalb ein

ehr, traf der
an Bord in
cht von dem
en Kreuzers
ord ein der
von Griechen-

land, der König von Norwegen, der Kronprinz von Dänemark und die Prinzen Waldemar, Harald, der Prinz Karl von Schweden, der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin und der Prinz Albrecht von Glücksburg. Der Kaiser begrüßte die königlichen Herrschaften am Balltrepp, umarmte den König herzlich und führte ihn dreimal. Die aufgestellten Mannschaften brachten drei Hurras aus. Nach der Vorstellung des Gesanges wurde im Speisesaal eine Erquickung eingenommen. Um 4 Uhr lehnten die königlichen Herrschaften zurück. Der Kaiser begab sich um 1/27 Uhr von Bord der "Preußen" nach dem Schloss Amalienborg, um dem Könige einen Gegenbesuch abzustatten. Sodann besuchte der Kaiser die hier weilenden fürstlichen Damen und nahm danach an der Familietafel im Residenzpalais teil. An dieser nahmen außerdem teil sämtliche hier weilenden Fürstlichkeiten, ferner die Chefs der französischen und englischen Sondermission, Baron Cources und Lord Althorp. — Am 18. Febr. fuhren Kaiser Wilhelm und König Frederik mit den übrigen fürstlichen Herrschaften noch Roskilde, wo sie um 1/2 Uhr eintrafen. Im Dom hatten sich versammelt die Minister, die Mitglieder des diplomatischen Körpers, die Mitglieder des höchsten Gerichts, des Reichstages, die auswärtigen Abordnungen, Militär-Deputationen usw. Nachdem die fürstlichen Herrschaften Platz genommen hatten, begann die Trauerei. Bischof Roer dam hielt eine Leichenrede. Nach dem hierauf folgenden Geänge wurde der Sarg unter den Klängen eines Chorals von acht hohen Offizieren in die Kapelle getragen und in den Sarkophag niedergelegt. Die Fürstlichkeiten begaben sich sodann mit dem Gefolge in die Kapelle. Am Sarkophag hielt Hofprediger Pauli eine kurze Trauerrede und vollzog das übliche Begräbnisritual, das mit dem Vaterunser und dem Segen schloß. Von 2 Uhr ab bis zum Schluss der Beisetzungssfeier in Roskilde gaben die Horts Trauersalut ab. Auch der deutsche Kreuzer "Ariadne" feuerte Trauersalut. Um 4 Uhr 20 Minuten ging der Sonderzug mit den fürstlichen Herrschaften nach Kopenhagen ab, wo er um 4 Uhr 50 Minuten eintraf. Kaiser Wilhelm und König Frederik fuhren vom Bahnhof zum Freihafen, in einem zweiten Wagen folgten der dänische Kronprinz, Prinz Harald und Prinz Waldemar; die übrigen Mitglieder der königlichen Familie und ihre Gäste begaben sich nach Amalienborg. Am Hafen hatte sich eine große Menschenmenge versammelt. Auf dem Panzerschiff "Preußen" waren längs des Verdeckes hunderte von elektrischen Lampen angebracht und am Hindertreppen leuchtete ein mächtiges Schild in roten und weißen elektrischen Lampen, welche den Namenzug des Kaisers Wilhelm und des Königs Frederik ineinander geschlungen bildeten. Der Kaiser und der König gingen an Bord und schritten die Front der aufgestellten Ehrenwache ab. Am Balltrepp wollte der König Abschied nehmen, aber der Kaiser ging mit ihm an Land und geleitete ihn zu dem wartenden Wagen. Wenige Minuten vor 6 Uhr wurde die Illumination an Bord der "Preußen" gelöscht und das Schiff begann aus dem Hafen hinauszufahren. In diesem Augenblick brach die Menge an Land in Hurraufe aus. Der Kaiser ließ die elektrischen Lampen wieder anzünden und winkte der Menschenmenge wiederholt zu.

Rußland.

— Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet aus Teheran unter dem 17. d. M.: Die Regierung ließ den Handelsminister Van Dulch, welcher der Hauptfeind des Holländers Raas und auch der Urheber der Agitation gegen diesen war, verhaften und unter Eskorte in die Provinz zum bleibenden Aufenthalt bringen. Die Entscheidung der Regierung wird dahin gedeutet, daß Raas aus dem Auslande zurückkehren beabsichtige. — In Usman (Gouv. Tambow) verschafften sich Räuber am 16. d. M. unter dem Vorzeichen, Revisionsbeamte zu sein, Eingang in das Staatskassegebäude, töteten drei Beamte und raubten 222 000 Rubel. Hierauf suchten sie das Weite. — Am hellen Tage wurde am 16. Februar in der Alexanderstraße in Riga der Lausbursche einer hiesigen Fabrik von sieben bewaffneten Räubern angegriffen und einer Summe von 11 000 Rubel beraubt. — Am 16. d. M. drangen im Zentrum der Stadt Riga acht bewaffnete Männer in die Wohnung einer Rentnerin ein, erbrachen ihren Geldschrank und raubten 800 Rubel und Schmuckstücke. Es gelang ihnen, sich und ihren Raub in Sicherheit zu bringen. — In dem Laden eines Barbiers in der Lipovajastraße in Brestostok plagierte am 17. d. M. eine Bombe, ohne jemanden zu verletzen. Der Barbier wurde verhaftet.

Serbien.

— Bei der Verhandlung gegen den wegen Preisgabe von Staatsgeheimnissen unter Anklage gestellten ehemaligen Ministerpräsidenten Giorgewitsch führte der Angeklagte in seiner umfangreichen Verteidigungsschrift aus, er habe, als er erkannt habe, daß Serbien heute noch mehr als früher unter der Hypnotose vonseiten Russlands stehe, sich entschlossen, sein Werk "Ende einer Dynastie" noch bei seinen Lebzeiten zu veröffentlichen, um durch die Aufdeckung der Tätigkeit der russischen Diplomaten Serbien und Europa die Augen zu öffnen. Nicht Serbiens, sondern Russlands Interesse sei es, daß er, der Angeklagte, verurteilt werde. Auch nach einer Verurteilung werde er den Serben unermüdlich zurufen: Erwacht aus der russischen Hypnose; denn Serbien ist unter Wasser. (Lebhafte Beifall im Zuhörerraum.) Schließlich erklärte der Angeklagte, daß er keine amtlichen Schriftstücke für sein Werk benötigt habe. Nach dem Plaidoyer des Verteidigers Marofolisch wurde die Verhandlung geschlossen. Das Urteil wird am Montag verkündet werden.

Morocco.

— Der Kommandant des französischen Kreuzers "Lalande" nahm von den zehn französischen Staatsangehörigen in Mar-Chica fünf auf und erklärte den anderen, er lehne die Verantwortung für ihre Sicherheit ab. Der Kommandant des Dampfers "Zurk" ist davon in Kenntnis gesetzt worden, daß er nunmehr gegen die Faktorei Mar-Chica vorgehen könne. Der Dampfer "Zenith" ist, nachdem eine Untersuchung stattgefunden hatte, nach Oran geschickt worden.

Aus Stadt und Land.

Dresden, den 19. Februar 1906.
Tageskalender für den 20. Februar. 1898. Annahme der Handelsverträge durch den deutschen Reichstag. — 1901. Sieg der Deutschen über die Chinesen bei Kuangtschung. — 1871. † J. von Welt zu Dresden, sächs. Staatsmann. — 1810. Andreas Holz zu Mantua erschossen. — 1802. * Th. A. de Beriot zu Löwen, Violinvirtuos und Komponist. — 1791. * Karl Eggen zu Wien, Klavierpädagoge. — 1790. † Kaiser Joseph II.

* Wetterprognose des Königl. Sächs. meteorologischen Instituts zu Dresden für den 20. Februar: Witterung: ausläufige Bewölkung. Temperatur: unternormal. Windrichtung: Nordost. Luftdruck: mittel.

* Heute früh 7 Uhr 22 Minuten begab sich Se. Maj. der König zum Besuch des herzoglichen Hofs nach Gotha. In Begleitung befinden sich Hofmarschall Graf v. Rost, Generalmajor v. Altroff, sowie die Flügeladjutanten Oberst v. Schönberg und Major von der Decken. Seine Majestät der König wird Gotha heute abend 6 Uhr 35 Minuten wieder verlassen und 10 Uhr 20 Minuten in Leipzig ein treffen, wo er bis nächsten Donnerstag abend Aufenthalt nimmt.

* Ihre Majestät die Königin-Witwe und Seine Königl. Hoheit Prinz Johann Georg besuchten gestern vormittag 11 Uhr den Kunsthallen von Emil Richter und bestätigten die neu eröffnete Ausstellung der Gruppe Dresdner Künstlerinnen.

* Der König von Württemberg wird Anfang März in Dresden eintreffen, um den Besuch unseres Königs zu erwideren.

* Zu der Angabe der "R. Ges.-Korr.", daß die Nachricht von dem bevorstehenden Rücktritt des preußischen Gesandten in Dresden, Grafen Dönhoff, unrichtig, mindestens aber verfälscht sei, bemerkte die Deutsche Tageszeitung: "Unrichtig ist die Meldung keinesfalls, verfälscht nur sofern, als das offizielle Abschiedsgejusch noch nicht eingereicht ist."

* Im Verein für Volkshygiene spricht am Dienstag, den 20. Februar, Herr Obermedizinalrat Dr. Lust über "Die Grenzen der Hygiene" im Saal der Stadtverordneten. Anfang 8 Uhr. Eintritt frei.

* Der Bezirksverein gegen den Missbrauch geistiger Getränke veranstaltet am Mittwoch, den 21. Februar, abends 8 Uhr im kleinen Saale des Vereinshauses, Gimendorfstraße 17, I. seinen zweiten diesjährigen Diskussionsabend, an welchem Herr Dr. med. Stegmann sprechen wird. "Ueber die Behandlung Alkoholcarter". Frauen und Männer aller Stände werden zum Besuch dieses Diskussionsabendes herzlich eingeladen. Der Eintritt ist frei.

* Den Ritterfolg der Radikalinst. bei der Erjaßhülle für Schippe begleitet der "Vorwärts" mit folgenden betrübten Zeilen: "Sein vom Standpunkt des Augenblick-Erfolges betrachtet, hat vielleicht die Politik unseres früheren Kandidaten, des Genossen Schippe, viel für sich. Er hat zweifellos eine große Zahl von Stimmen aus bürgerlichem Lager erhalten, aus den Reihen der Leute, die nicht dem Sozialdemokraten, sondern dem scharfen Oppositionsmanne, dem Gegner des gegenwärtig beliebten Regimes ihre Stimme gaben. Diese Gefolgschaft nun ist uns in Chemnitz verloren gegangen. Wir haben hier durch den Kandidatenwechsel das interessante Experiment machen können, die Wähler aus diesen Reihen zu zählen, die Leute, die in Schippe den Mann ihres Vertrauens wählten, die jedoch den Vertreter der Sozialdemokratie in Roskés Person nicht wählen möchten. Hier zeigt sich an demselben Beispiel aber auch die Gefahr der Schippelischen Politik. Eine Partei wie die unsere ist darauf angewiesen, ihre Anhänger zu zählen und zwar die verlässlichen Anhänger. Die Politik aber, welche nur unzuverlässige Wähler heranzieht, läuft uns über die eigene Stärke. Und eine Überhöhung der eigenen Kraft wäre das schlimmste, was einer angreifenden Partei, wie der Sozialdemokratie, passieren kann. — Die Wahl in Chemnitz hat uns also eine bemerkenswerte Auflösung gebracht. Dass wir trotzdem mit ihr zufrieden sein könnten, vermögen wir bei allem nicht zu sagen. Zu der Zeit einer so tiefen politischen Erregung, wie die gegenwärtige ist, hätten wir positive Erfolge in Chemnitz erwarten dürfen, kein bloßes Festhalten am unentziehbaren Besitzstand." Die Partei der inneren Territorien muss einen Widerfolg nach dem anderen einfesten. Auf die Dauer lebt keine Bewegung von Brodt allein.

* Königstein. Entsehn durchläuft die Reihen der Schönen der Stadt; denn ein Ropshänsler gibt hier eine Gastrolle. Man hat ihn noch nicht entdeckt können.

* Rosken. Der Güldenscher Schuhmacher in Böllnau, in dessen Befahrung seinerzeit der verunglückte Prinz Albert von Sachsen starb, kam auf dem Wege zur Dorfschmiede zum Falln, wobei er durch sein Pferd schwer verletzt wurde.

* Waldenburg. In der Person des Dienstleutes Heinkel wurde der Brandstifter ermordet, der im Anwesen des Gutspächters Kästner in Uhlmannsdorf Feuer anlegte. Er tat es aus Rache für eine Gerechtsame.

* Lauter. Ein Geschäftsführer aus Aue kam vor seinem Pferde zu Falle und erhielt durch das Tier einen Tritt vor die Brust; er erlitt dadurch mehrere Rippenbrüche.

* Chemnitz. Amtliches Wahlresultat. Bei der Erjaßwahl im 16. jährlichen Reichstagswahlkreise am 18. Februar wurden 51 083 gültige Stimmen abgegeben. Davon entfielen 31 629 auf Nebalteur Roske, Chemnitz (Sozialist), 10 337 auf Kommerzientrat Hermanns, Chemnitz (Kons.), 9 056 Stimmen auf Landtagsabgeordneten Günther, Plauen (Frei.). Roske ist somit gewählt.

* Banholz. In der gestrigen Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums wurde der Ankauf von 5300 Quadratmeter Areal (à 5 M.) zum Bau einer neuen katholischen Schule beschlossen. Mit dem Bau des Schulhauses soll baldigst begonnen werden.

* Bautzen. Die vier Städte der Lausitz: Gitterau, Bautzen, Löbau und Kamenz haben dem siedelnden Kreisbaumeister Herrn v. Schlieben das Ehrenbürgersrecht verliehen.

* Neugau. Im südlichen Nassau-Lokal wurden 7000 M. bares Geld und für 23 000 M. Wertpapiere gestohlen. Die Wertpapiere haben die Einbrecher zurückgelassen.

Vereinsnachrichten.

* Dresden. Kathol. Gesellenverein. Montag, den 19. Februar, Vortrag des Herrn Kaplan Klesse.

Ehrenmitglieder und die Herren Meister sind herzlich willkommen.

* Dresden. In der gut besuchten Versammlung der Friedrichstädter Mitglieder des Volksvereins für das katholische Deutschland in der "Deutschen Bierhalle" am 15. d. M. führte der Vortragende, Herr Kaplan Seidler, in charakteristischer Weise uns ein Bild des Wesens und Wirkens der Anarchisten vor Augen. In spannender Weise kennzeichnete er das Werden und den Lebensgang der Hauptvertreter dieser verwerflichen Bestrebungen vom englischen Prediger Godwin bis zu Most und Bakunin der Neuzeit, dessen Heilmittel für soziale Mißstände nur in Eisen und Feuer bestanden. Er streifte auch kurz den Unterschied zwischen der orthodoxen und römischen Kirche, die für das soziale Elend der Stände stets ein offenes Auge hatte. Der sich anschließende lebhafte Meinungsaustausch mochte den Abend recht genureich und wird zum Emporblühen des katholischen Pfarrlebens in Friedrichstadt hoffentlich viel beitragen.

* Nadebeul. Am Sonntag, den 11. d. M., wurde hier eine Versammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland abgehalten, welche gut besucht war. Herr Schuhleiter Kahmeyer. Dresden-Bieheln erfreute die Versammlung mit einem lehrreichen Vortrage und bewies der Beifall sowohl als die an den Vortrag sich anschließende Ansprache, daß am hiesigen Orte das Interesse für die Soche des Volksvereins nicht geringer geworden ist. Es waren zwei Anmeldungen zu verzeichnen und hoffen wir, die durch Bezug von Mitgliedern entstandene Lücke bald wieder auszufüllen. — Die nächste Versammlung wird am 18. März im Hotel "Zu den Linden" stattfinden.

* Kamenz. Der unter der bemühten Leitung des Herrn Kirchschulherrn Weißlich stehende Chorgesangverein "Cäcilie" feierte nach längerer Unterbrechung am Sonntag, den 11. Februar, im Saale zu "Stadt Dresden" sein Stiftungsfest. In einer Ansprache wies der Präses der "Cäcilie", Herr Walter Hölzl, auf die Erhabenheit des Gesanges hin und forderte zur freudigen Begeisterung für denselben auf. Mit einem Hoch auf Se. Majestät den König Friedrich August und Se. Heiligkeit Papst Pius X. schloß er seine Rede. Darauf wurde stehend die Sachsenhymne gesungen. Der zweite Teil des Programms brachte mehrere humoristische Aufführungen, die ebenfalls sehr gut gefielen. Alles in allem: das Stiftungsfest nahm einen äußerst familiären, gemütlichen Verlauf. Auch einige geistliche Herren waren aus Bernsdorf und Großwitz erschienen.

* Leipzig. Am 25. Februar d. J. hält in dem Rath. Arbeiterverein Leipzig-Ost Herr Schuldirektor Dr. Grossmuth einen Vortrag über das Thema: "Der geistige und körperliche Zustand unserer Schulneulinge." Der Vortrag beginnt um 8 Uhr und findet in der "Grünen Schänke, L.-Anger, Breitestr. 1, statt. Alle Mitglieder des Vereins und besonders auch die Freunde der Mitglieder sind dazu herzlich eingeladen.

Bermischtes.

* Das "Lutherhaus" in Eisenach, das nach Blättermeldungen zum Verkauf steht, verdankt seinen Ruhm nur der Sage. Es wird wohl den Fremden viel gezeigt; in Wirklichkeit aber dürfte das Haus, das seinerzeit direkt an der Stadtmauer gelegen war, eher zum Aufenthaltsraum jahrender Leute, als zu einer Einkehrstätte für Martin Luther gedient haben.

Nachricht vom Tage.

* Frankfurt a. M. Der Streik der süddeutschen Konfektionsarbeiter ist nach dreiwöchiger Dauer beendet. In ganz Süddeutschland haben die Kleiderfabrikanten eine fünfprozentige Lohnerschöpfung genehmigt. Am Montag wird die Arbeit wieder aufgenommen.

* Budapest, 18. Februar. Nach Schluss mehrerer heute abgehaltenen Arbeiterversammlungen zog eine Gruppe Arbeiter vor das Nationalcasino und warf gegen die Polizei, als diese sie zum Auseinandersetzen aufforderte, mit Steinen. Die Polizei trieb die Menge darauf auseinander und nahm fünf Verhaftungen vor.

* Neu York, 18. Februar. Aus St. Vincent (Westindien) wird unter dem 16. Februar berichtet, daß dort in diesen Tagen ein heftiges Erdbeben stattgefunden, wie es seit 1902 nicht mehr verfügt wurde. Die erschreckten Bewohner stützten aus den Häusern ins Freie. Die Erschütterung wurde auf der ganzen Insel wahrgenommen, hat aber keine ernsthaften Folgen gehabt. An mehreren Häusern in Kingston und Georgetown sind die Mauern geplatzt. Das Stabell, das St. Vincent mit St. Lucia verbindet, ist unterbrochen, so daß die Übermittlung von Nachrichten nach Amerika und anderen Richtungen beeinträchtigt wird.

Telegramme.

* Duxerow, 18. Februar. Das Mitglied des preußischen Herrenhauses, Fideicommissär Graf v. Schwerin, ist in dieser Nacht gestorben.

* Kopenhagen, 19. Februar. Der deutsche Kaiser ernannte König Frederik von Dänemark zum Ehrenadmiral der deutschen Flotte. Der König von Dänemark verließ Kaiser Wilhelm das Ehrenzeichen des Dannebrog-Ordens.

* Paris, 18. Februar. Heinrich Heine wurde das Montmartre-Grab des Dichters aus den Mitteln des Frankfurter Heine-Fonds, der die Grabstätte dauernd pflegt und schmückt, mit besonders reichen Blumensträußen versehen. Außerdem veranstalteten hiesige Deutsche auf Anregung des Herausgebers der "Deutschen Pariser Zeitung", Herrn Loeb, eine Heine-Feier.

* Algiers, 18. Februar. Alle Mitglieder der Konferenz stellten heute dem französischen Delegierten Revoil aus Anlaß des Amtsantrittes des Präsidenten Galliés Besuch ab.

* London, 19. Februar. Aus Shanghai wird von gestern gemeldet, daß die amerikanischen Besitzungen bezüglich eines Aufstandes in China für unbegründet gehalten werden. Es werden wohl örtliche Unruhen, aber nicht ein allgemeiner Aufstand für wahrscheinlich angegeben.

* Athen, 18. Februar. Heute fand eine von Tausenden besuchte Protestversammlung wegen der Maßnahmen Rumäniens wider die dortlebenden Griechen statt. Es wurde

